

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 15.11.2016

Reden und Handeln des Boris Pistorius: SPD-Innenminister lassen die Muskeln spielen - In Niedersachsen schwächt der Innenminister die Polizei

Der Landtag wolle beschließen:

EntschlieÙung

Die Innenminister der SPD-geführten Bundesländer beschlossen auf einer Tagung in Norderstedt am 7. November 2016 eine „Norderstedter Erklärung“ zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus und eine Erklärung zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchs.

Die konkreten Forderungen der SPD-Innenminister bedeuten eine seit längerem notwendige Kurskorrektur in der Inneren Sicherheit. Sie übernehmen zahlreiche Forderungen der Innenpolitiker von CDU und CSU, beispielsweise aus der „Berliner Erklärung“ der Innenminister von CDU und CSU vom 19. August 2016.

Die SPD-Innenminister fordern oder kündigen u. a. an:

- einen strukturellen Dreiklang aus Repression, Prävention und Ausstiegshilfe gegen extremistische Entwicklungen,
- die Intensivierung von Cyber-Ermittlungen gegen extremistische Propaganda in sozialen Netzen und Darknet,
- das Abgreifen von Kommunikation vor deren Verschlüsselung zur Strafverfolgung und Gefahrenabwehr („Quellen-TKÜ“) ermöglichen,
- die rechtliche Möglichkeit zur Durchsuchung und Beschlagnahme von in der Cloud gespeicherten Daten,
- den Verfassungsschutzämtern die Möglichkeit zum Abruf von Daten der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen gewähren,
- die Sensibilität gegen extremistische Propaganda an allen Schulformen, Universitäten, bei Arbeitgebern, in Sport- und Freizeitverbänden, Kirchengemeinden und muslimischen Verbänden im Dialog zu steigern,
- eine Aufklärungskampagne gegen radikale Positionen und extremistische Bewegungen starten,
- ein „Softwarehouse der Polizei“ als zentralen IT-Dienstleister für alle Polizeien des Bundes und der Länder,
- eine Strafrahmenerhöhung bei Widerstandshandlungen gegen Vollstreckungsbeamte nach § 113 StGB und die Prüfung der Ausdehnung des Tatbestandes außerhalb von Vollstreckungshandlungen und die Öffnung des Opferkreises auf Feuerwehr, Rettungsdienste und Katastrophenschutz.

Der Landtag stellt fest:

- Die Forderungen und Ankündigungen der SPD-Innenminister zur inneren Sicherheit und insbesondere Bekämpfung des Wohnungseinbruchsdiebstahls erkennen tatsächlich vorhandene Fehler und Defizite.
- Die Landesregierung sollte zügig die unmittelbar von ihr zu veranlassenden Maßnahmen einleiten.

- Die Landesregierung soll die zur Umsetzung notwendigen Gesetzentwürfe mit Änderungen niedersächsischer Gesetze zügig in den Landtag einbringen.
- Die Landesregierung soll im Bundesrat die notwendigen Änderungen des Bundesrechts zur Umsetzung der Forderungen unterstützen und entsprechende Initiativen einbringen.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die genannten Maßnahmen umzusetzen.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender